

Entschließungsantrag

der Fraktionen der SPD und FDP

zur

Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Marx, Dr. Abelein, Jäger (Wangen), Baron von Wrangel, Böhm (Melsungen), Dr. Gradl, Graf Huyn, Straßmeir, Schmöle, Dr. Hennig und der Fraktion der CDU/CSU

– Drucksachen 8/2503, 8/3188 –

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in der DDR

– Anwendung des am 3. 1. 1976 in Kraft getretenen Menschenrechtspakts der Vereinten Nationen –

Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Marx, Dr. Abelein, Jäger (Wangen), Baron von Wrangel, Böhm (Melsungen), Dr. Gradl, Graf Huyn, Straßmeir, Schmöle, Dr. Hennig und der Fraktion der CDU/CSU

– Drucksachen 8/2504, 8/3188 –

Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes sowie bürgerliche und politische Rechte in der DDR

– Anwendung des am 23. 3. 1976 in Kraft getretenen Menschenrechtspakts der Vereinten Nationen –

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. a) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik haben sich in Artikel 2 des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972 unter Berufung auf die Charta der Vereinten Nationen zur Wahrung der Menschenrechte verpflichtet.
- b) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sind Vertragspartner der Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen, die 1976 in Kraft getreten sind.

- c) Die beiden deutschen Staaten haben in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 ihren Willen bekundet, die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts oder der Religion zu achten.
2. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Rechtsordnung und Praxis der Deutschen Demokratischen Republik den in den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen nicht entsprechen.
 3. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß menschliche Erleichterungen ein wichtiges Element unserer Entspannungs- und Friedenspolitik sind. Er ist davon überzeugt, daß die Fortführung dieser Entspannungs politik eine entscheidende Voraussetzung für die Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in Europa ist. Die Durchsetzung der Menschenrechte hat ausschließlich den einzelnen Menschen zu dienen.
 4. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entschlossenheit der Bundesregierung, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten zu nutzen, um die Lage der Menschen in der DDR zu verbessern. Die Bundesregierung solle hierbei darauf achten, daß bei der Lösung humanitärer Probleme das bereits Erreichte gesichert und im Interesse des Einzelnen weitere praktische Erfolge erzielt werden.
 5. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Vertragspolitik mit der DDR als Bestandteil der Entspannungs politik in Europa für die Verwirklichung humanitärer Ziele eine wesentliche Grundlage ist, die fortentwickelt werden muß.
 6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in ihren Anstrengungen um die Verwirklichung der Menschenrechte im innerdeutschen und internationalen Bereich nicht nachzulassen.

Bonn, den 14. November 1979

Wehner und Fraktion
Mischnick und Fraktion